

Bernd Buchholz, MdL
Abgeordneter

*FDP-Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel*

*Telefon: 0431.9881499
Telefax: 0431.9881495
bernd.buchholz@fdp.ltsh.de
www.fdp-fraktion-sh.de*

An den Vorsitzenden des Innen- und
Rechtsausschusses
Herrn Jan Kürschner

- im Hause -

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/2326

Anmeldung eines Tagesordnungspunktes

22.11.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die nächste Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses bitte ich darum,
folgendes Thema auf die Tagesordnung zu setzen:

**Bericht der Landesregierung, welche Maßnahmen sie ergreifen wird, um die
Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. November 2023 hier im
Land umzusetzen.**

Insbesondere soll darauf eingegangen werden, inwiefern

1. die Kapazitäten und die personellen, organisatorischen und technischen Ressourcen ausreichend vorhanden sind bzw. geschaffen werden, um Geflüchtete auch in großer Zahl durch eine erkennungsdienstliche Behandlung verfahrenssicher registrieren zu können und ein zügiges Asylverfahren so wie vereinbart binnen drei beziehungsweise sechs Monaten durchführen zu können;
2. die Haft- und Gewahrsamkapazitäten überprüft werden und gegebenenfalls ausgeweitet werden, um die im Gesetzentwurf zur Verbesserung der Rückführung enthaltenen Ausweitung des Ausreisegewahrsams auf 28 Tage umsetzen zu können und zukünftig Verstöße gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote konsequent mit dem Instrument der Abschiebehaft ahnden zu können;

3. die bestehenden Regelungen zu Arbeitsgelegenheiten in breitem Maße genutzt werden und zukünftig genutzt werden sollen;
4. die Mitwirkungspflichten effektiv durchgesetzt werden und zukünftig werden sollen;
5. die Typenmodelle in serieller und modularer Bauweise bei den Rahmenvertragspartnern der Bauwirtschaft abgerufen worden sind und zukünftig werden sollen, um Bauvorhaben zu realisieren;
6. sich die Landesregierung aktiv in der geplanten Arbeitsgruppe der Länder zur Einführung einer Bezahlkarte eingebracht hat, einbringt und einbringen wird, damit - wie von Bund und Ländern vereinbart - bis zum 31. Januar 2024 ein Lösungsvorschlag vorliegt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Bernd Buchholz